

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen aus Auer und Umgebung zu. — Erscheint wöchentlich. — Anzeiger für das Erzgebirge. — Anzeiger für das Erzgebirge.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen aus Auer und Umgebung zu. — Erscheint wöchentlich. — Anzeiger für das Erzgebirge. — Anzeiger für das Erzgebirge.

Telegraphische Tagesblätter Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Route Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 181

Freitag, den 6. August 1926

21. Jahrgang

Der türkische Unionistenprozeß.

Wie die Türkei in den Weltkrieg eintrat.

Angora, 4. Aug. Das Unabhängigkeitsgericht begann heute mit dem Prozeß gegen die Anhänger der Unionistischen Partei, die in der Verschwörung gegen den Staat mitverwickelt sind. Der Vertreter der öffentlichen Anklage führte aus, daß in dem geheimen Ausschuß, der sich gebildet habe, um die Regierung zu stürzen, außer der Fortschrittspartei auch einige Führer der Unionistischen Partei vertreten waren. Dieser geheime Ausschuß habe nach der Auflösung der Unionistischen Partei und der Flucht der Leute, die willkürlich das Volk in einen Krieg getrieben hätten, versucht, die Unionistische Partei unter einem anderen Namen neu zu organisieren. Enver Pascha habe, um nach Anatolien zurückzuführen, versucht, gestützt auf Streitkräfte, die man aus der Bevölkerung von Aserbeidschan und dem Kaukasus rekrutieren wollte, in der Umgegend von Kars eine Regierung zu bilden. Er habe danach in Kars eine Partei unter dem Namen „Vereinigung der muslimantischen Organisatoren“ gebildet und er habe später in Moskau eine Volkspartei zu bilden versucht, die bestimmt gewesen sei, sich später wieder in die Partei „Einheit und Fortschritt“ zu verwandeln. Der Angeklagte verlangte lebenslängliche Haft für 10 und zeitlich begrenzte Haftstrafen für 30 Angeklagte. Unter der ersten Gruppe befindet sich der frühere Finanzminister Kaouf Adnan Djabid, der frühere Wali von Smyrna Rahmi, ein Redakteur der Zeitung Tanin Duffein Djabid und der frühere Präfekt von Konstantinopel Nami. In der zweiten Gruppe befinden sich einige Sekretäre der Unionistischen Partei und der frühere Minister des Auswärtigen Ahmed Resimi Bey.

Vernehmung der ersten Zeugen.

Vor dem Unabhängigkeitsgericht wurden heute Midhat Schüfri Bey, Generalsekretär der Einheitspartei, und der frühere Wali Nami Bey vernommen.

Midhat Bey berichtete über die Vorgeschichte des Vertrages, auf Grund dessen

die Türkei an der Seite Deutschlands in den Weltkrieg eintrat und sagte: Die ersten Verhandlungen wurden nach dem Balkankrieg von Mahmut Cebet Pascha eingeleitet und von Said Hilmi Pascha fortgeführt, der sich persönlich um sie kümmerte und sogar einige seiner Mitarbeiter

nicht davon unterrichtete. Der Vertrag wurde von Sulaiman Nispeti, Dr. Nazim und Ismail Dschambolat ausgearbeitet. Der Marineminister Dschemal Pascha war gegen den Vertrag und sympathisierte mit Frankreich.

Nami Bey teilte dann Einzelheiten mit, die sich auf den von den Büskern des Orients und den progressivsten Führern in Kars abgehaltenen Kongreß bezogen. Die progressivsten Führer hätten zuerst in Berlin zu wirken versucht, seien aber dann, da sie in der deutschen Hauptstadt keinen günstigen Boden für ihre Wirksamkeit fanden, nach Rußland gegangen. Nami Bey behauptete, er habe sich nach dem Siege nicht mehr um Politik gekümmert.

Rutschuk Zalaat, eines der einflussreichsten Mitglieder der Einheitspartei und Mitglied des Hauptauschusses, sagte über die von der Partei verfolgte innere Politik aus und berichtete dann über die Vorgeschichte des Eintritts der Türkei in den Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte. Er schilderte dann, wie Zalaat Pascha nach dem Zusammenbruch der Front in Syrien nach Berlin fuhr, um sich für einen Sonderfrieden einzusetzen, da er der Meinung war, daß eine Fortsetzung des Krieges das Land in den Abgrund stürzen würde.

Zalaat Pascha habe sich ferner darum bemüht, daß Nami Pascha Ministerpräsident wurde. Im weiteren Verlauf seiner Aussage erklärte er, daß nach dem Waffenstillstand eine Mission aus Berlin eingetroffen sei, die für eine Vereinigung Aserbeidschans mit Persien Propaganda machte. Man habe deutlich gemerkt, daß hinter diesen Bemühungen England stand, das einen Pufferstaat zwischen Rußland und der Türkei schaffen wollte. Der Angeklagte schilderte darauf, wie Aserbeidschan in die Hände der Bolschewiken fiel und wie man beschloß, die Propaganda der neugegründeten türkischen kommunistischen Partei in Anatolien zu verhindern. Anfangs hätte man für die neu zu schaffende Partei den Namen „Einheit und Fortschritt“ behalten wollen und sich schließlich für die Bezeichnung „Bund der revolutionären muslimantischen Organisationen“ entschieden. Im Anschluß daran erzählte der Angeklagte wie Nami Bey beauftragt worden sei, in Angora zu wirken und er in Trapezunt, und wie man sich bemüht habe, Enver Pascha zur Rückkehr nach Anatolien zu bewegen.

Zusammentritt des Völkerbundsaußschusses für die Ratsfrage.

London, 4. Aug. Wie verlautet, ist es wahrscheinlich, daß der Ausschuß für die Zusammensetzung des Völkerbundsrates, der sich nach Unterbreitung eines Interimsberichts im Juni vertagt hatte, vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrates am 2. September wieder zusammenkommen wird. Lord Cecil ist der britische Vertreter in diesem Ausschuß. Es wird erwartet, daß die Zusammenkunft Ende dieses Monats stattfinden wird. Neuter zufolge ist man der Ansicht, daß infolge der Tatsache, daß die Haltung Spaniens in der Frage der Zuweisung eines ständigen Ratsplatzes sich als weniger unnahgiebig als die Brasiliens erwiesen hat, bei einer neuen Zusammenkunft dieser Ausschuß zur Vorbereitung der Sitzung des Rates selbst viel nützliche Arbeit verrichten kann.

Die Stellung Spaniens zum Völkerbund.

Madrid, 5. Aug. Einem Zeitungsvertreter erklärte Marquis Margez, der ehemalige zeitweilige Präsident des Direktoriums und spanischer Botschafter beim Vatikan, hinsichtlich der nächsten Völkerbundsitzung in Genf: Spanien braucht einen ständigen Sitz im Völkerbundsarat. Falls die Regierung auf Grund der Ergebnisse der Genfer Versammlung im September es als ihre Pflicht ansehen würde, sich aus dem Völkerbund zurückzuziehen, so würde dies keineswegs die Isolierung Spaniens bedeuten, da sich ja auch andere bedeutungsvolle Länder von Genf zurückzögen und auch bedeutungsvolle internationale Verträge, wie die von Washington und Locarno, ohne Vermittlung des Völkerbundes abgeschlossen worden seien. Auch das internationale Ansehen Spaniens wird durch einen solchen Schritt in keiner Weise leiden.

London, 5. Aug. General Primo de Rivera erklärte in einer Unterredung mit einer Korrespondentin des „Daily Express“ auf die Frage, ob sich Spanien endgültig aus dem Völkerbund zurückziehen wird, wenn es nicht einen ständigen Sitz im Völkerbundsarat erhält: Er sei überzeugt, daß die Frage für alle In-

teressierten annehmbar geregelt werden könne, bevor der Völkerbund zusammentritt. Spanien würde nichts tun, was das gute Werk des Völkerbundes behindere, es wünsche an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens teilzunehmen. Auf die Frage, ob Spanien auf einen ständigen Sitz im Völkerbundsarat bestehen werde, erklärte Primo de Rivera: Wir hoffen auf die Unterstützung Chamberlains und Briands.

Amerika schlägt einen Weltverband der Kaufleute vor.

New York, 4. Aug. „Journal of Commerce“ meldet aus Washington, daß das amerikanische Komitee der internationalen Handelskammer in einer Erklärung den Vorschlag unterbreitet, die Kaufleute der ganzen Welt sollten sich durch Vermittlung der internationalen Handelskammer vereinigen. Die Erklärung enthält die Hauptprinzipien für die Behandlung des auswärtigen Handels, des ausländischen Rechts und des ausländischen Kapitals. Diese Erklärung soll ein Teil eines Planes sein, der die Hindernisse, die den internationalen Handel erschweren, beseitigen will. Das Komitee bezeichnet folgende sechs Punkte als

die Haupthindernisse für den internationalen Güterverkehr:

1. Das Nachlassen der Kaufkraft, 2. die Entwertung der Währungen und die schwankenden Wechselkurse, 3. die politische Unsicherheit, 4. die unterschiedliche Behandlung und die Abneigung gegen fremdes Kapital, 5. die Vermehrung der Zollschranken durch die Schaffung neuer politischer Gebilde, 6. die Einmischung der Regierungen in die Gebiete der Industrie und des Handels, die eigentlich der privaten Unternehmungslust zu überlassen sind. Das Komitee ist der Ansicht, daß die unberufene Einmischung der Regierungen, durch Festsetzung von Preisen und durch Einschränkungen bei der Rohstoffherzeugung gegenüber den davon abhängenden Verbrauchern nicht billig ist. Das Komitee schlägt vor, die internationale Handelskammer möge der Preisfestsetzung der wichtigsten Rohmaterialien und der Erzeugungseinschränkungen durch die Regierung ihre ablehnende Haltung zum Ausdruck bringen.

Deutsche im Ausland.

Fürst Hohenlohe erzählt einmal in seinen Denkwürdigkeiten, wie er als junger Mensch in Paris, während seines ersten Auslandsaufenthaltes, in dem beengenden Gefäß, fern von den Seinen, auf sich selbst gestellt zu sein, plötzlich in der Fremde die Heimat, der er sich entwachsen glaubte, wieder fand, und daß er das Erlebnis dieses vertieften Heimatgefühls sein ganzes Leben hindurch sich bewahren konnte. Dieses vertieftere Heimatgefühl, das man nur im Ausland erwirbt, ist es auch, das die Deutschen draußen immer wieder zusammenführt.

In der Heimat war dieses über die ganze Welt verstreute deutsche Kulturleben bis zum Ausbruch des Krieges wenig bekannt. Und doch hatte die Pioniertätigkeit der im Ausland lebenden Reichsdeutschen wesentlichen Anteil an unserem wirtschaftlichen Aufschwung. Erst als nach dem verlorenen Weltkrieg alle Verbindungen nach draußen abgeschnitten und die Auslandsdeutschen zur Rückkehr nach Deutschland gezwungen waren, fing man an, von der Größe des Verlustes sich eine richtigere Vorstellung zu machen und den Fragen des Auslandsdeutstums erhöhtes Interesse zuzuwenden in der Erkenntnis, daß der deutsche Wiederaufbau im Ausland nur von seinen erprobten Trägern neu vollzogen werden kann. Von dreihundert Millionen Deutschen leben nur achtundfünfzig in der deutschen Republik und zwölf Millionen in geschlossenen Siedlungsgebieten außerhalb des Reichs, davon sechs Millionen in Deutsch-Oesterreich. Darüber hinaus aber gab und gibt es jetzt wieder, als Folge der neu geschlossenen und noch zu schließenden Handelsverträge, in fast allen europäischen und außereuropäischen Ländern größere und kleinere Kolonien von Reichsdeutschen, die ihre deutsche Rationalität sich bewahrt haben, und die von den Angehörigen des Gastlandes gern gesehen sind.

Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß in einer in Verbindung mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland (soeben in zweiter Auflage erschienenen Schrift „Deutsche im Ausland“ (herausgegeben von Dr. F. W. Mohr, Ludwig Schoen, W. v. Hanff; Verlag Dietrich, Weiskau 1926 XII 328 S.) das gesamte Gebiet des Auslandsdeutstums und der Auslandsdeutschen in übersichtlicher systematischer Darstellung einem größeren Leserkreis nähergebracht wird. Die Kulturgeschichte des Deutschtums im Ausland bietet noch zu sehr über, aber das vorliegende kleine Werk enthält wertvolle Bausteine zu ihr. Aus der Fülle der Literatur über das Auslandsdeutschtum, die so spezialisiert ist, daß sie nur unter zeitraubender Arbeit benutzt werden kann, ist hier ein Wegweiser durch das Deutschtum in den verschiedenen Ländern der Erde geschaffen worden. Die Kenntnis des Auslandsdeutstums ist in den meisten Teilen unseres Volkes noch viel zu gering. Schon in der Schule sollte die Kunde vom Auslandsdeutschtum ihren besonderen Platz haben, und auch für einen soliden Schulunterricht kann das vorliegende Buch ein Helfer sein.

Der Stoff, der die ganze Welt umspannt, ist nach Erbteilen und Ländern übersichtlich geordnet. Um nur einen Aufschluß herauszugreifen, sei auf den Artikel über „Kongresspolen“ hingewiesen als Musterbeispiel, ein so umfassendes Gebiet auf sechs Seiten anschaulich und jedermann verständlich zur Darstellung zu bringen. Ueber „Die deutschen Schutzgebiete in Afrika unter Mandatsverwaltung“ bringt Ludwig Schoen auf Grund einer Studienreise das neueste Material. Der Verfasser hat als neuer Mitverleger des Buches den größten Teil der Durchsicht und Verrichtung des Textes besorgt und auch den neuen einleitenden Artikel „Der Rhein und seine Bedeutung für das Deutschtum“ geschrieben. Wie der Rhein im Wandel der Zeiten trotz Fremdherrschaft und Krieg stets deutsch geblieben ist und sein wird, so wird auch der nach und nach wieder durch die ganze Welt ziehende Strom der Auslandsdeutschen, trotz schwerster Kriegschicksale, seinen deutschen Charakter bewahren.

Enthaltungen über Verschiebung von Heeresgut?

Berlin, 4. Aug. Wie der Reichsdienst der deutschen Presse erzählt, wird von passivistischer Seite ein Weißbuch über die Reichswehr vorbereitet, das den Reichstagsmitgliedern zugehen soll. Es soll darin versucht werden, den Nachweis eines großen Mißbrauches der Amtsstellung durch eine Anzahl von Personen in den höchsten Stellen zu erbringen, namentlich soll es sich um die Begünstigung oder Veranlassung von Schiebungen mit Heeresgut und dergleichen ins Ausland unter dem Deckmantel einer Privatfirma handeln. Die Höhe der auf diese Weise veruntreuten Werte soll mehr als 20 Millionen Mark betragen. Die Vorgänge sollen sich in den Jahren 1923 und 1924 abgespielt haben.

Präsident Coolidge und die Verminderung der Seerüstungen.

London, 5. Aug. „Morningpost“ berichtet aus Washington, Präsident Coolidge habe angekündigt, er werde, wenn die Genfer Konferenz für die Verminderung der Rüstungen fehlschlagen sollte, Schritte tun, um die großen Flottenmächte zusammenzubringen und damit das Werk der Washingtoner Konferenz weiter fortführen. Er werde nichts tun, was einen Eingriff in den Völkerbund bedeute. Wenn die Genfer Beratungen jedoch ergebnislos verlaufen, so werde er seine eigenen Verhandlungen einleiten.